

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 16 (1926)
Heft: 34

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der politischen Woche.

Frankreich.

Clémenceau, der ehemalige französische Ministerpräsident und Führer der französischen Politik am Schlusse des Krieges und bei den Friedensverhandlungen, hat an Coolidge, den Präsidenten der Union, einen offenen Brief gerichtet, worin er in etwas brüstem Ton das amerikanische Volk auffordert, die Kriegsschulden zu annullieren. Coolidge und schier einmütig mit ihm das ganze amerikanische Volk wies diese Rundgebung als ungezeitgemäß und unsachlich zurück. Sie war in der Tat ungeschickt und hat der französischen Sache nicht gedient. Kein Politiker war weniger geeignet, die Schuldenfrage auf diese Weise lösen zu wollen, als gerade Clémenceau, der Vater jenes Versailler Vertrages, der mit seiner unversöhnlichen Art die Veranlassung und Quelle schuf all der Schikanen und Intrigen der Schuldeneintreibung.

Briand hat soeben einen Vertrag mit Rumänien unterzeichnet, in dem Frankreich dem befreundeten Lande die Unterstützung in einem Kriege gegen Rußland zusichert. Und zwar mit Einschluß der Garantie des rumänischen Besitzes von Bessarabien. Kein europäischer Staat hat bisher Rumänien diese Garantie geboten. Frankreich hat damit einen Schritt von schwerwiegenden Folgen getan. Der Vertrag soll wohl ein Gegengewicht sein zum spanisch-italienischen Vertrag, der vor kurzem von Primo und Mussolini unterschrieben wurde. Die Nachricht vom Zustandekommen dieses Vertrages hat die Franzosen gegen die Spanier verschnupft. Man rechnet es dem Bundesgenossen im Marokkokriege nicht hoch an, daß er durch dieses Bündnis mithilft, den französisch-italienischen Gegensatz im Mittelmeer zu verschärfen.

Im Libanon sind die Franzosen anscheinend gegen die syrischen Rebellen endlich Meister geworden. Ein 5000-köpfiges Heer von Aufrehrern soll dort völlig aufgerieben worden sein. Wie es in Damaskus selber steht, dem Hauptherd der syrischen Unruhen, ist aus den neuesten Nachrichten nicht ersichtlich.

In Marokko wird immer noch weiter gekämpft. Die Rifleute haben mit Abd-el-Krim wohl ihren Führer, nicht aber ihre Widerstandskraft und ihren Mut verloren. Immerhin melden die Spanier die Einnahme der wichtigen Ortschaft Schejchauen.

Italien.

Mussolini fährt fort, den Italienern einzuprägen, daß ihre nationale Zukunft auf dem Wasser liege. Die faschistische Propaganda nötigt nun jeden vaterländisch gesinnten Bürger, Ruder- und Segelsport zu treiben. Das hindert aber die Landesverteidigung nicht, eine Militärstraße aus dem Formazatal zur Schweizergrenze, direkt auf die Gotthardfestung hin, anzulegen. Dies offenbar, um den Wassertransport wenn nötig auf Bergtransport umstellen zu können.

Die abessinische Kontroverse geht weiter. Die Italiener haben herausgefunden, daß die Abessinier noch dem Sklavenhandel frönen, und sie drohen nun ihrerseits, dieses Faktum in Genf zur Sprache bringen zu wollen, wenn die Abessinier ihren Protest gegen die englisch-italienische Abmachung nicht zurückzögen. Denn Abessinien dürfte als Völkerbundsmitglied keine Sklaven mehr halten, da das Genfer Statut die Sklaverei verbiete. Wir wollen hoffen, daß nicht Ras Tafari seinerseits wieder geltend macht, daß ja alle Italiener heute Sklaven des faschistischen Staates seien, sonst könnte die Diskussion endlos werden.

Deutschland.

Deutschland wartet auf die Einladung, am Verhandlungstisch in Genf Platz zu nehmen. Aber Stresemann stellt diesmal ganz bestimmte Bedingungen, bevor er mit seinen Begleitern nach dem schönen Lemaneer reisen will. Es soll ihm im September nicht gehen, wie damals im März, da die deutsche Delegation nach wenigen Tagen peinlichen War-

tens im Hotel ihre Büreamöbel wieder einpacken und mit dem ganzen Troß von Sekretären und Schreibmaschinenfräulein unverrichteter Sache heimfahren mußte. Deutschland will sicher sein, daß es einstimmig und bedingungslos in den Völkerbund aufgenommen wird, wie man es ihm in Locarno versprochen hat. So sind heute die Zimmer in Genf noch nicht bestellt.

Die Aussichten für eine reibungslose Aufnahme sind leider bedenklich trübe. Brasilien bleibt versprochenemmaßen fern; die Bemühungen Briands und Chamberlains, dieses grollende Mitglied zur Umkehr zu bewegen, sind bis heute erfolglos geblieben. Spanien verharret auch noch auf seiner Forderung, daß man ihm einen ständigen Sitz einräumen möge. Immerhin hofft man, daß es diese Forderung erst nach Deutschlands Eintritt geltend machen werde, und man glaubt, daß dieses Land ihm freundschaftlich entgegenkommen werde. Allein alsdann wird sich Polen wieder zum Worte melden und wird — natürlich mit französischer Unterstützung — auch seinen ständigen Sitz garantiert haben wollen, was wiederum die Deutschen nicht zugeben dürften. Bundesrat Motta, der von allen Seiten gedrängt wird, die Kommission für die Ratsitzfrage zu der zweiten entscheidenden Sitzung einzuberufen, wird gegenwärtig schlaflose Nächte haben. Denn ihm ist die schwere, schier unmögliche Aufgabe gestellt, durch kluge Leitung der Verhandlungen die widersprechenden Interessen zu einer versöhnenden Tat zu einigen. Die ganze politische Welt schaut heute auf den schweizerischen Magistraten, und wenn ihm die Einigung gelingt, dann hat Giuseppe Motta sein Denkmal im neuen Völkerbundspalais — das erst in diesem Fall gebaut werden dürfte — ehrlich verdient.

Man weiß, warum die Deutschen nach Genf zu kommen wünschen, obgleich der Völkerbund auf dem Versailler Dittat aufgebaut ist. Eben diesen Friedensvertrag, der Deutschland zum Hörgen der halben übrigen Welt macht, möchten Stresemann und seine Freunde zu Fall bringen. Und die Aussichten dazu sind nicht ungünstig. Frankreich wird je länger desto mehr Deutschlands Bundesgenosse in der Kriegsschuldenfrage. Die Reparationen sollen nach dem Dawes-Plane nun jährlich ansteigen. Aber auch die Annuitäten, die Frankreich an England und Amerika zu entrichten hat, werden ansteigen und zwar so, daß den Franzosen von der deutschen Kriegsschuldung nichts mehr übrig bleibt. Die Franzosen fangen an einzusehen, daß sie im Grunde die klägliche Rolle des amerikanisch-englischen Schuldeneintreibers spielen, und diese Einsicht macht sie gewillt, einer Revision des Versailler Vertrages im Sinne der gänzlichen Schuldentilgung zuzustimmen.

Aus Deutschland kommen erfreuliche Nachrichten in bezug auf das Wiederaufleben der Wirtschaft. Die Reichsfinanzen stehen überraschend günstig; man erwartet bestimmt einen Jahresüberschuß; zum erstenmal seit langen Jahren. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die Sparkassenguthaben wachsen beständig. Gute Geschäfte machen gegenwärtig die Kohlengruben, die die englische Industrie beliefern müssen. Des einen Freud, des andern Leid. —

Der Magdeburger Justizskandal geht seinem unrühmlichen Ende entgegen. Der völkische Agitator Schröder ist geständig, den Buchhalter des Fabrikanten Haas ermordet zu haben. Alle Verdachtsmomente wiesen zum vornherein auf Schröder. Trotzdem wurde vom deutschen nationalen Untersuchungsrichter Knölling der Fabrikant Haas, der als Jude und Republikaner den deutschen nationalen Kreisen verhaßt ist, in strenge Untersuchungshaft gezogen, und es bedurfte des Eingreifens der Berliner Kriminalbehörden, um den unschuldig inhaftierten Haas aus dem Gefängnis zu befreien. Gegen den merkwürdigen Rechtshüter wurde eine disziplinarische Untersuchung eingeleitet. Wenn der Magdeburger Mordprozeß endlich die lange Reihe der skandalösen politischen Prozeßführungen, wie sie in der Nachkriegszeit in Deutschland an der Tagesordnung waren, abschließt, so hat er einen guten Zweck erfüllt. —ch—